



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 17/15

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Krankenhausstrukturgesetz - Versorgungszuschlag bleibt!

Gute Nachrichten für Krankenhausfinanzierung. Die baden-württembergische Landesgruppe im Bundestag hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Versorgungszuschlag in Höhe von 500 Mio. Euro weiter gezahlt wird. Der Betrag wird zukünftig von der Höhe der Personalkosten für das Pflegepersonal abhängig sein. Darüber hinaus wird ein Betrag von weiteren 500 Mio. Euro für zusätzliches Personal in der Pflege vorgesehen. Auch das Hygieneförderprogramm in den Krankenhäusern wird verlängert. Hierfür wird ein Betrag von 100 Mio. Euro im Haushalt eingestellt, der in der Hauptsache ebenfalls zur Aufstockung des Hygienepersonals in den Krankenhäusern dient. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Krankenhäuser ist eine Teil-Refinanzierung der so genannten „Tarifschere“, die immer dann eintritt, wenn der Tarifabschluss mit den Gewerkschaften höher ist, als das, was die Krankenkassen zusätzlich bezahlen. Hiervon werden zukünftig 50 Prozent von den Krankenkassen übernommen.

#### 2. Gespräch mit Christian Rauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit in der Regionaldirektion Baden-Württemberg

Sehr aufschlussreich war das knapp zweistündige Gespräch mit Christian Rauch, dem neuen Chef der Regionaldirektion Baden-Württemberg in der

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

*Am Mittwoch haben wir in unserem Entschließungsantrag [„70 Jahre Vereinte Nationen – Legitimität und Gestaltungskraft durch Reformen stärken“](#) die Vereinten Nationen als weltumspannendes Gremium gewürdigt. Die Organisation wird häufig als zahnloser Tiger bezeichnet. Zu Unrecht, wie ich finde. Fakt ist, dass es die einzige Organisation ist, der die meisten Staaten der Welt angehören, 193 an der Zahl. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, Frieden und internationale Sicherheit zu wahren. Die Vereinten Nationen beruhen aber auch auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder, was zwangsläufig zu Meinungsverschiedenheiten führen muss. Nichtsdestotrotz müssen die Möglichkeiten der Organisation mehr denn je genutzt werden, als eine Plattform für gemeinsame Konfliktlösung globaler Probleme.*

*Sehr gut verlief das Gespräch mit dem neuen Chef der Regionaldirektion Baden-Württemberg in der Agentur für Arbeit Christian Rauch, bei dem sehr viele Themen angesprochen wurden. Schwerpunkt war die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Menschen mit Behinderungen.*

*Ganz besonders gefreut habe ich mich über den Besuch der CDU Rickenbach diese Woche in Berlin (s.3)!*

*Herzliche Grüße*

*Ihre*



Agentur für Arbeit. Die Themen waren: **Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt, Ausbildung, Langzeitarbeitslose und Integration in den ersten Arbeitsmarkt/Inklusion.** Christian Rauch berichtete, dass sich derzeit 45.000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg in Verfahren befinden würden. Über 50 Prozent seien nicht älter als 35 Jahre. Bei der Agentur für Arbeit seien 8500 Personen gemeldet, davon 4300 aus Syrien stammend. Insgesamt, so der Vorsitzende, ergäbe sich ein homogenes Bild bei den syri-

schen Flüchtlingen, die meist über gute schulische Bildung und berufliche Qualifikationen verfügen. Von ähnlichen Erfahrungen berichtete mir Landrat Dr. Martin Kistler im Gespräch von letzter Woche. Insgesamt jedoch hätten über 80 Prozent der Personen keine berufliche Bildung und keine Sprachkenntnisse. Lediglich acht Prozent der in der Agentur gemeldeten Personen würden über akademische Abschlüsse verfügen und elf Prozent könnten zu den Facharbeitern gezählt werden, ohne dass bereits Anerkennungsverfahren durchlaufen wurden. Die große Hoffnung der Wirtschaft, dem Fachkräftemangel mit dem Einsatz gut ausgebildeter Asylbewerber entgegenzuwirken, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfüllt werden. Eine Meinung, die in unserer Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales geteilt wird. Perspektivisch jedoch bestünde ein großes Potenzial über Ausbildung und Studium, welches man ausschöpfen müsse. Dazu müssten allerdings der Zugang zur Ausbildung und zum Studium erleichtert werden. Für die ausgebildeten Kräfte stünden genügend Erwachseneninstrumente zur Verfügung. Allerdings müsse bei der Verteilung der Eingliederungsmittel für Flüchtlinge an die Jobcenter im Land der Königsteiner Schlüssel berücksichtigt werden, eine Forderung, die ich vom Jobcenterleiter in Waldshut Marcel Schilling ebenfalls gehört habe. Ganz wichtig wäre zudem eine Unterstützung von Arbeitgebern, wie beispielsweise „assistierte Ausbildung“. Insgesamt ist die Zahl der Baustellen groß. Eines hat das Gespräch jedoch gezeigt, nämlich dass die Agentur für Arbeit bestens gerüstet ist und dass es an Ideen nicht mangelt, den Zugang zum Arbeitsmarkt voranzutreiben. Die größte Herausforderung ist dabei die große Zahl der Flüchtlinge.

Den zweiten Schwerpunkt des Gesprächs bildete das Thema Integration in den ersten Arbeitsmarkt von Menschen mit Behinderungen. Erklärtes Ziel der Agentur ist, bis 2017 die Arbeitslosigkeit bei den schwerbehinderten Menschen deutlich zu senken. Während die Behindertenwerkstätten immer mehr Menschen beschäftigen, passiert auf dem ersten Arbeitsmarkt viel zu wenig, die Vermittlungsquote ist marginal. Nach Ansicht von Christian Rauch müsse es gelingen, den Hebel bereits beim Eingang in den Arbeitsmarkt anzusetzen, so in den Schulen und später in der Ausbildung. Dass das Wunsch- und Wahlrecht dabei unberührt bleibt, steht außer Frage.

## II. Die Woche im Parlament (Auswahl)

**1. Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.** Mit dem Maßnahmenpaket, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, reagieren wir auf die aktuelle Flüchtlingssituation in Deutschland. Neben der Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um drei weitere Balkanstaaten sollen Maßnahmen getroffen werden, mit denen Fehlanreize vermieden, Verfahren beschleunigt und Unterbringung und Versorgung verbessert werden können. Gleichzeitig öffnen wir Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven den Weg zu einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und entlasten die Länder und Kommunen bei den Kosten für Asylbewerber, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung.

**2. Auslaufen der Milchquote – Beschlussempfehlung und Bericht zu unserem Antrag.** In der Ausgabe [7/15 des „Schmidts Berliner Brief“](#) habe ich über den Antrag „Milchbauen stärken“ informiert, den wir nun diese Woche im Plenum verabschiedet haben. Die CDU/CSU-Fraktion steht dem Auslaufen der Quote grundsätzlich positiv gegenüber, als konsequente Fortsetzung einer Politik hin zu einer am Markt ausgerichteten selbstverantwortlichen und wettbewerbsfähigen Milchwirtschaft. Wir fordern, dass die Landwirte weiterhin mit Beratungsangeboten sowie bei der Vermarktung ihrer Produkte unterstützt werden. Gleichzeitig nehmen wir die existierenden Sorgen der Milchviehhalter über die Preisentwicklung ernst. Sollte es zum weiteren Preisverfall bei der Milch kommen, muss aus unserer Sicht die EU



Alois Gerig MdB

mit schnellen Maßnahmen gegensteuern, allerdings ohne die Fehler der Vergangenheit. Den vollständigen Text der Beschlussempfehlung finden Sie [hier](#).

An dieser Stelle möchte ich den **Besuch des Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährung, meines Kollegen Alois Gerig MdB (Odenwald-Tauber), im Februar nächsten Jahres im Wahlkreis** ankündigen. Ich habe Alois Gerig, der von Beruf Landwirtschaftsmeister ist, in den Wahlkreis eingeladen, um aktuelle Themen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft vor Ort zu besprechen.

## III. Sonstiges

### CDU Ortsverband Rickenbach in der Bundeshauptstadt

Sehr gefreut habe ich mich über den Besuch der Mitglieder des CDU Ortsverbandes Rickenbach, dessen Vorsitzender Siegfried Eckert ist. Das einstündige Gespräch nutzte die Gruppe, um mir Fragen zu politischen und persönlichen Themen zu stellen. Den Schwerpunkt bildeten die Autobahn 98, die Maut und die Asylpolitik. Kritisiert wurde die Kürzung der Mittel für Flüchtlinge in den Bürgerkriegsanrainerstaaten durch das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Die Ursache für die leerstehenden Kassen liegt allerdings in der mangelnden Bereitschaft der Geberländer, Mittel zur Verfügung zu stellen. Sicherlich ist dieses Versäumnis mit ein Grund für die aktuelle Lage.





CDU Ortsverband Rickenbach und Gabriele Schmidt MdB im Paul-Löbe-Haus

#### IV. Aktuelle Termine/Hinweise

##### 1. Ankündigung - Bürgerveranstaltung zur Flüchtlingssituation

Felix Schreiner, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Waldshut lädt ein, zur

**öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik  
am Dienstag, 3. November 2015, 20.00 Uhr,  
in das Katholische Gemeindehaus Waldshut,**

mit Dr. Bernhard Lasotta MdL, Landrat Dr. Martin Kistler und Gabriele Schmidt MdB

##### 2. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 20. Oktober, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

### 3. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- |                     |                                                                                                                                                                                                                |
|---------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>17. Oktober:</b> | Bezirksparteitag CDU Südbaden, Vöhrenbach                                                                                                                                                                      |
| <b>18. Oktober:</b> | Gesellenfreisprechungsfeier der Kreishandwerkerschaft Waldshut, Stadthalle Waldshut                                                                                                                            |
| <b>19. Oktober:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Gespräch mit Sabine Huber-Michéle, Leiterin Regionalzentrum DAK-Gesundheit, Bad Säckingen</li><li>• Verabschiedung von Martin Albers, Stadthalle Waldshut</li></ul>    |
| <b>21. Oktober:</b> | Motorradlärm, St. Blasien                                                                                                                                                                                      |
| <b>22. Oktober:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Podiumsgespräch Fachtag Bundesteilhabegesetz über Diakonisches Werk der ev. Landeskirche Baden e.V.</li><li>• 250 Jahre Sparkasse Bonndorf</li></ul>                   |
| <b>23. Oktober:</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Gespräch mit Bgm Armin Hinterseh, Hochfirstschanze Titisee-Neustadt</li><li>• Podiumsdiskussion „Herausforderungen des demografischen Wandels, Bad Säckingen</li></ul> |